



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER AUGUST 2024

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

der Juli wird auch als Advent des Sommers bezeichnet. Die Hektik der Vorweihnachtszeit spiegelt sich auch im Juli wider. Viele Feste, Termine und Parteitage stehen an.

Aber nun ist es soweit: Mit dem Ferienbeginn und dem 1. August beginnt eine besondere Zeit in Bayern. Es herrscht ein wenig Ruhe, zumindest bei mir.

Auch Ihnen wünsche ich, dass Zeit bleibt, etwas zur Ruhe zu kommen, kreativ zu sein, nachzudenken oder auch einfach gar nichts zu tun. Ich hoffe, es gelingt Ihnen, denn bei vielen Menschen ist es gar nicht so einfach. Lesen Sie dazu meinen Klartext.

Was sonst noch alles im Juli war, sehen Sie auf den folgenden Seiten. Dabei viel Lesevergnügen und eine gute Sommerzeit

Ihr/Euer

Die Online-Plattform abgeordnetenwatch.de hat kurz vor den Ferien Noten vergeben. Bewertet wurde, ob wir alle an uns gestellten Fragen auch beantwortet haben. Ich habe im Jahr 2023 alle 79 Fragen beantwortet und somit eine Quote von 100 %.



3



Haushalt 2025: erste
Schwerpunkte gesetzt

4



Inklusion: Hohenroth
& Fachgespräch

Antworten auf alle gestellten Fragen der Bürgerinnen und
Bürger: für mich eine Selbstverständlichkeit.

KLARTEXT

RECHT AUF NICHTSTUN



Jetzt ist Urlaubszeit! Da ist eigentlich Erholung angesagt, Abschalten von den Gedanken an die Arbeit und Genießen der Zeit mit den Lieben. Aber: Laut der Studie einer Krankenkasse kehren 24 Prozent wenig ausgeruht aus dem Haupturlaub zurück, weitere 19 Prozent fühlen sich nur mäßig erholt.

Das beginnt schon vor dem eigentlichen Urlaub und wird während des Urlaubs nicht besser: So gaben jeweils rund 60 Prozent an, unmittelbar vor und nach dem Urlaub Mehrarbeit leisten zu müssen. Und noch schlimmer: Rund die Hälfte der befragten Beschäftigten checkt im Urlaub ihre Mails und knapp zwei Drittel werden im beruflichen Zusammenhang kontaktiert. Und da geht es nicht um fünf Minuten. Nach

eigener Einschätzung wenden die Betroffenen im Urlaub täglich durchschnittlich 1,3 Stunden Zeit für die Arbeit auf. Junge Beschäftigte zwischen 18 und 29 Jahren berichten sogar von zwei Stunden. Das gab es früher nicht. Wer weg war, war weg. Das hatte technische Gründe, war aber auch gesellschaftlicher Konsens: „Dienst ist Dienst und Schnaps ist Schnaps.“ Ich halte diese Auswüchse heute für katastrophal und für eine Bedrohung der Gesundheit.

Das Bundesurlaubsgesetz ist da ganz klar. Aber auch wenn das Recht deutlich auf der Seite der Arbeitnehmer:innen ist, weiß ich natürlich: Es ist nicht leicht, sich abzugrenzen und für die eigenen Rechte einzustehen. Dabei helfen Personal- und Betriebsräte, genauso wie Gewerkschaften. Denn ich möchte, dass die Menschen gesund ihrer Arbeit nachgehen, ihre Freizeit genießen und alt werden!

POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE

DER HAUSHALTSENTWURF 2025 IN ZAHLEN

Das Bundeskabinett hat einen Entwurf auf den Weg gebracht, den wir nach eingehenden Beratungen im Parlament dann im November planmäßig beschließen werden. Hier die bisherigen Eckpunkte:

- Ausgaben/Einnahmen: 480,6 Mrd. Euro
- Steuereinnahmen: 388,2 Mrd. Euro
- Rekord-Investitionen: 78 Mrd. Euro (2024 schon 70,8 Mrd.) in Straßen- und Schienennetze sowie in digitale Infrastruktur

- Nettokreditaufnahme: 43,8 Mrd. Euro
- mehr als 2 % des BIP für Verteidigung - die NATO-Vorgaben werden somit eingehalten
- Mit rund 1 Mrd. Euro mehr als bislang vorgesehen für die Sicherheitsbehörden des Bundes, insbesondere für Bundespolizei und BKA.
- Abbau der sog. kalten Progression: Entlastung der Steuerzahler:innen in 2025 und 2026 um 23 Mrd. Euro

Mehr zum Haushalt unter www.bundesfinanzministerium.de



HAUSHALT 2025

DAS SOZIALE WIRD GESTÄRKT

Die Regierungsspitzen der Ampel haben sich auf einen Haushalt für das Jahr 2025 geeinigt. Damit hat die Bundesregierung in schwieriger Lage Handlungsfähigkeit gezeigt. Klar ist für die SPD-Fraktion aber auch: Im parlamentarischen Verfahren werden wir noch einiges an diesem Entwurf ändern.

Die Einigung legt die Basis dafür, dass die soziale, innere und äußere Sicherheit unseres Landes stabil bleiben. Zugleich werden wichtige Wachstumsimpulse gegeben und die arbeitende Mitte der Gesellschaft unterstützt, gerade auch Familien.

Soziale Sicherheit in unserem Land ist und bleibt der Garant für gutes Zusammenleben. Deshalb wird mit dem neuen Haushalt weiterhin für Zukunftsinvestitionen und einen starken Sozialstaat gesorgt.

Was mir sehr wichtig ist: Es wird nicht im sozialen Bereich gespart. Im Gegenteil: Das Soziale wird in wichtigen Bereichen gestärkt. So gibt es mehr Unterstützung für Familien: Das Kindergeld und der Kinderbonus werden um fünf Euro erhöht. Zudem werden zwei Milliarden Euro für die Kita-Qualität ausgegeben.

Beschlossen wurde auch, dass Mieter:innen durch die Mietpreisbremse bis 2029 geschützt werden. Bestandsmieten dürfen in drei Jahren nur maximal 12 statt 15 Prozent steigen. Und es wird auch mehr in den sozialen Wohnungsbau investiert.

Besonders wichtig ist mir zudem die Zusage, dass die Stärkung der gesetzlichen Rente – der wichtigsten Altersvorsorge für Millionen Menschen – noch in diesem Jahr verabschiedet wird! Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass zentrale Aufgaben nicht gegeneinander ausgespielt werden: Die Ukraine kann sich weiter auf Deutschland verlassen. Die Nato-Quote wird erreicht. Das Soziale wird gestärkt. Die Konjunktur wird angekurbelt. In moderne Infrastruktur, Kitas und Schulen sowie gute Arbeitsplätze wird investiert.

Ein Beispiel aus meinem Politikfeld Arbeit & Soziales: Die Mehrbedarfe für die Bundesfachstelle für Barrierefreiheit von rd. 1,2 Mio. Euro und für den Teilhabeverfahrensbericht von 0,1 Mio. Euro haben wir gesichert. Außerdem haben wir die Fortsetzung der Bundesinitiative für Barrierefreiheit mit jeweils 0,5 Mio. Euro für die Jahre 2026 und 2027 erreicht.

Die Investitionen des Bundes liegen mit 57 Milliarden Euro auf Rekordniveau. Hinzu kommen Ausgaben aus dem Klima- und Transformationsfonds sowie Zuschüsse zur Entlastung beim Strompreis (EEG-Umlage) in Höhe von rund 40 Milliarden Euro. Insgesamt stehen somit rund 100 Milliarden Euro für investive Ausgaben zur Verfügung!

Begleitet wird der Haushalt von einem Wachstumspaket, das das Wirtschaftswachstum ankurbeln soll: Bürokratieabbau, Erleichterungen bei steuerlichen Abschreibungen für die Unternehmen und eine stärkere Forschungsförderung – damit geben wir der Wirtschaft in Deutschland eine Perspektive.



Nattananz3 | pixabay.de



INKLUSION

HOHENROTH & FACHGESPRÄCH

Mitte Juli war mein Bundestagskollege Takis Mehmet Ali im Wahlkreis zu Gast. Takis ist der Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für die Belange von Menschen mit Behinderung. Unser erster Gang führte uns nach Hohenroth zur SOS-Dorfgemeinschaft.

162 Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung leben hier in Hausgemeinschaften. Sie werden von einem Hauselternpaar betreut und können entsprechend ihrer Fähigkeiten in den Arbeitsbereichen mithelfen. Jeder tut etwas Sinnvolles für sich und andere. Und: Jede und jeder werden gebraucht!

Ich bin hier regelmäßig vor Ort, wir sind quasi Nachbarn. Daher habe ich mich auch sehr darüber gefreut, dass nicht nur Takis, sondern auch die weiteren Teilnehmer:innen unseres Besuchs (die Vorsitzenden der AG Selbst Aktiv Bayern, Sibylle Brandt, und Unterfranken, Cristina Lange, sowie Patrick Bott und Christian Gutermuth vom SPD Ortsverein Sinngrund) begeistert waren von der Atmosphäre hier.

Die Erzeugnisse aus Weberei, Metallwerkstatt, Schreinerei, Kerzenwerkstatt, Molkerei, Bäckerei und Konditorei und Gärtnerei tragen zum Unterhalt der



Dorfgemeinschaft bei. Das haben wir uns mit Einrichtungsleiter Mario Kölbl alles genau angesehen und dabei viele behindertenpolitischen Themen miteinander besprochen. Im Anschluss daran ging es gemeinsam nach Wernfeld in die Räume der Mainfränkischen Werkstätten zu einem Fachaustausch zum Thema selbstbestimmte Teilhabe am Arbeitsleben. Nach fundierten Beiträgen von Takis, dem Geschäftsführer der Mainfränkischen Werkstätten, Dieter Körber, sowie der Inklusionsbotschafterin der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben e.V., Sibylle Brandt, ging es in die Diskussion, aus der wir vieles für unsere Arbeit mitgenommen haben. Wir waren einer Meinung: Alle werden gebraucht!



Alexas_Fotos | pixabay.de

RENTE

RESPEKT FÜR LEBENSLEISTUNG

Wir stehen an der Seite derjenigen, die mit ihrer jahrzehntelangen Arbeit unseren Wohlstand geschaffen haben. Eine auskömmliche Rente ist daher auch ein Zeichen des Respekts vor deren Lebensleistung.

Spürbare Rentensteigerungen:

- 2022: im Westen + 5,35 % | im Osten + 6,12 %
>> größtes Rentenplus seit 40 Jahren!
- 2023: im Westen + 4,39 % | im Osten + 5,86 %
- 1. Juli 2024: + 4,57 % bundesweit

Gleicher Rentenwert in Ost und West:

- schon 2023 und damit ein Jahr früher als geplant

Mehr Rente für Erwerbsgeminderte:

- Wer wegen Krankheit frühzeitig in den Ruhestand wechseln muss, der hat Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente.
- Rentnerinnen und Rentner, die diese bereits bekommen, erhalten seit Juli 2024 einen pauschalen Zuschlag von bis zu 7,5 Prozent, der an die individuelle Rentenhöhe anknüpft.



Bundesregierung / Stadt.Land.Mensch-Fotografie

BERLIN-FAHRT

50 GÄSTE AUS AB, MIL & MSP

Ende Juli besuchten mich 50 Gäste aus meinem Bundeswahlkreis Main-Spessart und Miltenberg und meinem Betreuungswahlkreis Aschaffenburg.

Neben politischen Informationen in und über den Deutschen Bundestag und im Bundesministerium für Arbeit & Soziales, dem Besuch geschichtsträchtiger Orte wie dem „Tränenpalast“ oder der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen als ehemalige Zentrale Untersuchungshaftanstalt der Stasi, kulturellen Programmpunkten wie einer Stippvisite im Humboldt-Forum im Berliner Schloss stand natürlich auch ein Gespräch mit mir samt Fototermin auf dem Programm.

Einen besonderen Programmpunkt erwartete die Gruppe im Reichstag: das Kunstwerk „Der Bevölkerung“. In einem Lichthof sprießen ganz unterschiedliche Pflanzen auf der Erde, die von inzwischen 424 verschiedenen Abgeordneten aus ihren jeweiligen Wahlkreisen mitgebracht wurden. Einige Besucher*innen brachten ebenfalls Erde aus ihrer unterfränkischen Heimat mit, die wir dann gemeinsam auf dem Kunstwerk ausbringen konnten.



ENERGIE

BALKONKRAFTWERKE

Die Ampel-Fraktionen treiben die Energiewende im Wohnbereich voran, indem es künftig leichter wird, „Balkonkraftwerke“ einzubauen.

Mit der Novelle des Wohnungseigentumsgesetzes stärken wir die Energiewende in den eigenen vier Wänden. Ab sofort dürfen Mieter und Eigentümerinnen Steckersolargeräte grundsätzlich an ihren Balkons installieren. Ein Veto der Eigentümergemeinschaft steht diesem Wunsch dank einer gesetzlichen Privilegierung nicht mehr im Wege.

Damit ermöglichen wir einen effektiven und unbürokratischen Weg, die privaten Energiekosten zu senken und einen Beitrag zur Energiewende zu leisten.

Im Wohnungseigentumsrecht und im Mietrecht wird dafür die Stromerzeugung durch Steckersolargeräte in den Katalog der sogenannten privilegierten Maßnahmen aufgenommen. Der Einbau kann dann nicht mehr an einem Veto der Wohnungseigentümerversammlung scheitern.



AGRAR-PAKET

WIR STÄRKEN DIE LANDWIRTSCHAFT

Zu lange hat es unter CDU/CSU keine Reform zur nachhaltigen Stärkung der Landwirtschaft gegeben. Diese Versäumnisse korrigieren wir jetzt:

Das Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetz hatte vor mehr als drei Jahren erstmals einen Mindeststandard zum Schutz von Lieferanten landwirtschaftlicher Produkte geschaffen und zahlreiche unlautere Handelspraktiken verboten. Zwei Jahre nach Inkrafttreten wurde das Gesetz überprüft – und nun wird es von uns nachgebessert. Gerade aufgrund der Konzentration im Lebensmittelhandel braucht es einen verbesserten Schutz der bäuerlichen Betriebe.

Wechselnde Witterungsbedingungen wie z. B. Dürreperioden führen immer öfter zu Gewinneinbußen. Vor allem kleinere Betriebe können Ernteausfälle kaum überbrücken. Um diese zu unterstützen, können Gewinne und Verluste auch künftig über Jahre hinweg verrechnet werden („Gewinnglättung“).

Noch ein Plus für die Landwirte: Wir werden die Tarifiermäßigung bei der Einkommensteuer bis 2028 verlängern.

Alle Maßnahmen gibt es [auf der Seite](#) der SPD-Fraktion.



THW

VOR ORT IN KARLSTADT

Anfang Juli war ich in der THW-Regionalstelle Karlstadt bei Leiterin Karin Munzke und ihrem Stellvertreter Jan Mannigel. Hier werden die zehn Ortsverbände im Gebiet von Alzenau über Miltenberg bis Kitzingen und ihre 1.440 ehrenamtlichen THW-Mitglieder in der Region betreut und unterstützt.

Mein herzlichster Dank allen THW-lerinnen und THW-lern! Ihre Arbeit und ihr Einsatz sind unentbehrlich – wie wir es zuletzt bei den großflächigen Überschwemmungen durch Starkregen, Hochwasser und Sturm gesehen haben. Dafür muss das THW gerüstet sein. Allerdings wurde zu lange zu wenig investiert.

Wir versuchen uns dagegen zu stemmen und haben die finanzielle Ausstattung bis 2023 auf 400 Mio. Euro erhöht (zum Vergleich: 2018 waren es noch 250 Mio.).

Die Vorhaben unserer regionalen Ortsverbände unterstütze ich gerne, wie z.B. die Anmeldung eines Rettungsbootes (Lohr) und eines LKW (Marktheidenfeld), die Aufnahme von Obernburg in das Bau- und Sanierungsprogramm in 2023 und die Berücksichtigung der regionalen OV's bei Fahrzeugbeschaffungsprogrammen.



MINIJOBS

REIN IN DIE RENTENVERSICHERUNG

Viele Menschen mit Minijob zahlen keine Beiträge in die Rentenversicherung. Sie lassen sich von der Versicherungspflicht befreien. Der Grund: Der Lohn soll durch den Beitrag nicht geschmälert werden. Oft ist das fatal – gerade wenn man den Minijob nur als einziges eigenes Einkommen hat.

Warum, das erkläre ich gemeinsam mit meiner Bundestagskollegin Tanja Machalet im Video (Foto anklicken). Und wir sprechen über eine wichtige Petition, die an die Bundesregierung weitergeleitet wurde.

Deshalb sollte sich jede und jeder ganz genau überlegen, ob sie bei Abschluss eines Minijobs ankreuzen, dass sie sich von der Zahlung des Eigenbeitrags befreien lassen. Es geht um 3,6 Prozent. Denn von den 18,6 Prozent übernimmt der Arbeitgeber 15 Prozent!

Die Einzahlung ist auch wichtig, weil man damit die Zeit, in der man einen Minijob ausgeübt hat, als sogenannte Pflichtbeitragszeit gutgeschrieben bekommt. Die ist dann ausschlaggebend, wenn man die sogenannte Rente für besonders langjährig Versicherte bekommen möchte – dazu braucht man eine Pflichtbeitragszeit von 45 Jahren.



Büro Rützel

BAHNHOF

BARRIEREFREIHEIT IN GEMÜNDEN

Der barrierefreie Umbau des Bahnhofs Gemünden ist in vollem Gange. Aktuell wird an der neuen Personenunterführung auf Höhe des Busbahnhofs gebaut. Zusammen mit Sibylle Brandt, Landesvorsitzende der AG Selbst Aktiv Bayern — Menschen mit Behinderung in der BayernSPD, war ich vor wenigen Tagen vor Ort. Wir sind einer Meinung: Der barrierefreie Ausbau der Bahnhöfe ist so wichtig, um allen Fahrgästen eine selbstbestimmte Mobilität zu ermöglichen. Dabei ist der Gemündener Bahnhof als viertgrößter Bahnhof in Unterfranken der letzte Knotenpunkt in Unterfranken, der barrierefrei wird. Ich werde jedenfalls nicht müde, mich immer wieder für Barrierefreiheit einzusetzen.



Ri-Ya | pixabay

UNIKLINIK

TARIFVETRÄGE FÜR ALLE!

An den Unikliniken in Würzburg, Erlangen und Regensburg gibt es keine Tarifverträge für das Reinigungs- und Servicepersonal. Ich habe mich daher mit meinen Bundestagskolleginnen Martina Stamm-Fibich und Dr. Carolin Wagner und Vertretern von ver.di ausgetauscht. Wir treten gemeinsam mit den Beschäftigten dafür ein, dass für alle die TVÖD-Tarifverträge gelten. Warum? Weil es gerecht ist und weil die Kolleginnen und Kollegen einen wichtigen Job machen. Sie sorgen für die Hygiene im Krankenhaus, vor allem auch in den OP-Sälen, erledigen den Patiententransport und halten den ganzen Laden am Laufen. Eine Petition hierzu gab es bereits auf dem Parteitag der UnterfrankenSPD (siehe S. 8).

GEGEN FDP-VORSCHLAG

Steuerrabatte für ausländische Fachkräfte? Für mich ist das, was die FDP vorgeschlagen hat, keine Lösung, um mehr Fachkräfte nach Deutschland zu locken. Gleiche Arbeit muss auch gleich behandelt werden. Das habe ich in meinem Statement im BR deutlich gemacht. Einfach aufs Foto klicken für das Video:





SPD Aschaffenburg

SOMMERTOUR

SPD-FRAKTION IN ASCHAFFENBURG

„Wir vor Ort. Unsere Politik im Dialog.“ - so heißt die aktuelle DialogTour 2024 der SPD-Bundestagsfraktion: Wir sind dort, wo die Menschen sind. Wir stellen uns ihren Fragen und erklären unsere Politik.

Ende Juli waren viele Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Fußgängerzone in Aschaffenburg unterwegs — und natürlich auch in der City-Galerie. Also waren auch wir mit dem Fraktions-Mobil und unserem Info-stand vor Ort, direkt am Eingang der City-Galerie. Zusammen mit engagierten Genossinnen und Genossen aus Aschaffenburg mit ihrem Vorsitzenden Manuel Michniok vornedran.

Auch Helga Raab-Wasse war mit dabei und so engagiert und leidenschaftlich für uns unterwegs wie eh und je. Vielen Dank an die Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter im Hintergrund und an unsere Genossinnen und Genossen in der Fußgängerzone. Es war ein informativer Termin mit vielen guten Gesprächen.

Einmal mehr hat mir das gezeigt: Wenn wir Zeit und Gelegenheit haben, unsere Politik zu erklären, dann können wir auch überzeugen.



Ri-Ya | pixabay

LEIPZIG

LANDTAGSWAHLKAMPF IM OSTEN

Ende Juli war ich in Leipzig und habe die dortigen SPD-Landtagskandidaten im Wahlkampf unterstützt. Mit Gerald Eisenblätter, Kevin Hofbücker und Benjamin Schulz startete der Wahlkampf-Tag sehr beeindruckend auf dem Gutshof Stötteritz in Leipzig. Der Hof ist eine soziale Einrichtung, die sich auf die Unterstützung und Förderung von Menschen mit psychischen Erkrankungen und seelischen Beeinträchtigungen spezialisiert hat. Der Verein bietet verschiedene Hilfsangebote, um den Betroffenen ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Danach ging es zum Straßenwahlkampf in die Leipziger Fußgängerzone — ein schwieriges Pflaster, aber mit guten Argumenten kann man auch hier überzeugen. Zum Abschluss ging es in die Bildungseinrichtung Schauplatz. Hier werden benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 27 Jahren berufliche Orientierung und praktische Qualifikationen vermittelt, um so deren Integrationschancen zu erhöhen. Tolle Angebote, überaus engagierte Mitarbeiter und Menschen, die eine zweite Chance verdient haben: Vielen Dank für diese wichtigen Einblicke in Stötteritz und bei Schauplatz.



DangrafArt | pixabay

UKRAINE

INTEGRATION DER FLÜCHTLINGE

Die neue Studie des IAB zeigt: Die Ampel geht bei der Arbeitsmarktintegration von ukrainischen Geflüchteten die richtigen Schritte — allen Rufen nach Bürgergeldentzug und Leistungskürzungen zum Trotz. Und es zeigt sich erneut: Wichtig für eine langfristige Vermittlung in Arbeit ist eine funktionierende Kinderbetreuung und ein guter Zugang zu Gesundheitsleistungen. Die Höhe von Sozialleistungen hat auch im internationalen Vergleich nur einen verschwindend geringen Einfluss auf die Beschäftigungsquote von ukrainischen Geflüchteten. Wichtiger als Debatten über den Bürgergeldbezug von Ukrainerinnen und Ukrainern in Deutschland sind also die gezielte Vermittlung in Arbeit über die Jobcenter vor Ort.

Die Erfahrungen mit der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten zwischen 2013 und 2019 machen deutlich, dass Deutschland mit seiner nachhaltigen Integrationsstrategie auf lange Sicht hohe Beschäftigungsquoten erzielt.



Büro Rützel

NEUWAHLEN

SPD-BEZIRK UNTERFRANKEN

Ich freue mich über die Wiederwahl zum Bezirksvorsitzenden der UnterfrankenSPD. Vielen Dank für das Vertrauen! Vielen Dank auch an den 1. Bevollmächtigten der IG Metall, Percy Scheidler, für sein Kommen.

Mit unseren Resolutionen und Anträgen stehen wir an der Seite der Arbeitnehmenden in diesem Land. Auf gute Zusammenarbeit mit allen Neugewählten im Bezirksvorstand! Unsere Beschlüsse im Überblick:

- Mehr politische Bildung in Schulen, insb. Rechtsextremismus-Prävention
- Mehr Bildungsgerechtigkeit
- Mastadon statt X | KI-Inhalte besser kennzeichnen
- Mut zur Veränderung: mehr Führung, mehr Sozialdemokratie in der Regierung
- Nutzung industrieller Abwärme verbessern

Wir haben auch drei Resolutionen beschlossen: Tariftreue im Klinikum Aschaffenburg/Alzenau, Arbeitsplätze bei unterfränkischen Automobilzulieferern schützen, bessere Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter der Uniklinik Würzburg

Mehr dazu auf der [Homepage der UnterfrankenSPD](#).

KURZ & KNAPP

TERMINE IM JULI

BEIM WEINBAUVERBAND



Büro Rützel

Im Gespräch mit dem Vizepräsidenten des Fränkischen Weinbauverbandes, Andreas Oehm, und seinem Geschäftsführer Hermann Schmitt in den Räumen der Winzergemeinschaft Franken EG - GWF in Stetten (Karlstadt) ging es um die Wertschätzung heimischer Produkte, die schweißtreibende Handarbeit in den fränkischen Steilhanglagen bis zu Themen wie der Beschäftigung von Saisonarbeitskräften, Bürokratieabbau und der Situation im globalen Weinanbau. Dieser ist von einem weltweiten Strukturwandel geprägt, der auch in Franken zu spüren ist.

REINIGUNGS-EINSATZ



Nikolai Herrmann

Einfach machen! Unter Aufsicht von Nepomuk, unserem Brückenheiligen, haben wir Anfang Juli in Schaippach die alte Bogenbrücke über die Sinn von Bewuchs und Unkraut befreit.

SPD-SENIOREN



SPD Loehr

Unsere AG 60plus in Main-Spessart und Miltenberg ist der Aktivposten in der Partei. Bei der Mitgliederversammlung konnte ich mich wieder davon überzeugen. Vielen Dank für Eure Arbeit und herzlichen Glückwunsch allen Gewählten um den erneut wiedergewählten Vorsitzenden Werner Baur aus Sulzbach.

KURZ & KNAPP

TERMINE IM JULI

RENTEN-DISKUSSION AN DER UNI



Bernd Rützel

Anfang Juli diskutierte ich mit Studierenden der Uni Würzburg über die Rente. Es ging um Aufklärung, Fakten und Mythen. Hätten wir die umlagefinanzierte Rente nicht, müssten wir sie erfinden. Reine Kapitaldeckung ist zocken. Das wird die SPD nicht zulassen.

IHK-PRÜFUNGSSESSEN IN AB



Büro Rützel

27 Köchinnen und Köche beenden mit der Abschlussprüfung ihre Ausbildung. Ich habe mir diesen Termin dick im Kalender markiert und konnte mich vom

Können der Azubis überzeugen. In der IHK Aschaffenburg gab es zum Abschluss der Prüfung ein Drei-Gänge-Menü, das von den Azubis aus dem Restaurantbereich aufgetischt wurde. Herzlichen Dank dafür und viel Erfolg. Das Handwerk braucht gut ausgebildeten Nachwuchs dringender denn je. Und als ehemaliger Handwerks-Azubi war es mir ein großes Anliegen, durch meine Anwesenheit meine Wertschätzung für ihre Arbeit auszudrücken.

SOMMER-TOUR DER LANDESGRUPPE



SPD-Landesgruppe Bayern

Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung mit Mitmachprojekten, Energieversorgungs- und -speicherlösungen, energetischer Wohnsanierung und Bauprojekten: das waren die Themen bei der Sommer-Tour der bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten in Erlangen. Vielen Dank an ZAM (Zentrum für Austausch und Machen), Gewobau Erlangen und Fluence Energy für die vielen interessanten Eindrücke und Informationen, die wir gerne mit nach Berlin und in unsere Wahlkreise nehmen.

INFOS IM CLIP



Folgt Ihr schon meinen Instagram- oder Facebook-Kanälen? Wenn nicht, dann am besten sofort reinklicken und abonnieren, um keine Inhalte mehr zu verpassen. Auf beiden Kanälen gibt es kurze und knackige Videos zu aktuellen Themen, gefilmt vom SocialMedia-Team der SPD-Bundestagsfraktion oder meinem Berliner Büroteam. In den aktuellen

Videos geht es z. B. um die Rente, den Bürgerdialog der SPD-Bundestagsfraktion (am Mo, 29.07., um 10 Uhr an der City Galerie Aschaffenburg mit Manuel Michniok) und um mein großes Interview mit „Sitzungswoche“, dem unabhängigen Netzwerk für Politik, Wirtschaft und Medien.

Ideal auch zum Teilen und Weiterverbreiten!

MEIN HÖR-TIPP: PODCAST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

LAGE DER FRAKTION – DER PODCAST

Wie inklusiv ist Deutschland, Jasmina?

Jasmina Hostert über ihren Weg aus dem Bosnienkrieg bis in den Bundestag, der besondere Moment ihrer Einbürgerung und Erfahrungen im Para-Sport.

▶ 00:00 00:00



GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus- und Medienpolitische
Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Bayern ist als Urlaubsziel so attraktiv wie nie. Vom pandemiebedingten Einbruch der Übernachtungszahlen hat sich der Freistaat längst vollständig erholt. Mehr noch: Mit 100,3 Millionen Übernachtungen in 2023 gelang es, sogar das Rekordergebnis aus dem Jahr 2019 zu übertreffen. Optimistisch lassen uns auch die aktuellen Statistiken nach vorn blicken: So stiegen die Gästeankünfte zwischen Januar und Mai um 5,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Ist also alles rosig unter dem weiß-blauen Urlaubshimmel? Tatsächlich deuten viele Zeichen darauf hin, dass die bayerische Tourismusbranche auch weiterhin im Aufwind bleibt. Es gibt aber auch weniger positive Entwicklungen, auf die es Antworten braucht.

Beispiel Fachkräftemangel: Er ist nach wie vor die größte Herausforderung fürs Gastgewerbe. Die Bundesregierung hat mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz nun wichtige Erleichterungen für die Gewinnung von Arbeitskräften aus dem Ausland geschaffen. Doch auch die duale Ausbildung für Menschen im Land muss wieder attraktiver werden. Hier steht die Staatsregierung in der Pflicht, mehr in die Ausstattung der Berufsschulen zu investieren und die Rahmenbedingungen für Azubis zu verbessern, etwa

durch ein kostenfreies Nahverkehrsticket.

Beispiel Klimawandel: Glasklare Seen, weißverschneite Gipfel, liebevolle Weinberge und üppige Mischwälder...die überwältigende Natur ist Bayerns größtes touristisches Pfund. Wenn aber Wälder aufgrund der Klimaveränderungen absterben, Flüsse austrocknen und Innenstädte überhitzen, wirkt sich das auch negativ auf die Reisewirtschaft aus. Und die verursacht auch selbst zu viele klimaschädliche Emissionen. Hier ist ein echtes Umsteuern notwendig. Statt weiter Beschneigungsanlagen zu fördern, muss die Entwicklung und nachhaltiger Angebote forciert, und klimafreundliche Anreisemöglichkeiten geschaffen werden.

Beispiel Reisen für alle: Menschen mit Mobilitätseinschränkung, rüstige „Golden Ager“, aber auch Familien mit Kleinkindern sind wichtig für den Bayern-Tourismus. Zu oft aber stehen ihnen unüberwindbare Hürden im Weg: Treppenstufen zum Bahnsteig, defekte Aufzüge, öffentliche WCs, in die kein Rollstuhl passt. Der barrierefreie Ausbau der öffentlichen Infrastruktur geht viel zu langsam voran. Hier braucht es auch für private Anbieter mehr Anreize. So müssen Förderangebote wie das in Unterfranken kaum nachgefragte Sonderprogramm „Barrierefreie Gastlichkeit“ dringend überarbeitet werden.

Für ein zukunftsfähiges, innovatives und nachhaltiges Reiseland Bayern für alle setze ich mich als tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag auch weiterhin mit Nachdruck ein.

Herzlichst

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuerou@martina-fehlner.de